



Hilfe und Vorbeugung bei PTBS-Erkrankungen

Rede von Inge Höger, 14. März 2008

Umfassende Bedarfsermittlung für Betreuungs- und Behandlungskapazitäten notwendig

Herr/Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Die Mehrheiten im Bundestag haben sich seit Anfang der 1990er Jahre dafür entschieden, aus der Bundeswehr eine "Armee im Einsatz" zu machen. Wer Soldatinnen und Soldaten in mehr Regionen und in immer gefährlichere Situationen einsetzt, der kalkuliert auch Opfer ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung im Einsatzgebiet, aber auch Opfer bei den Bundeswehrangehörigen. Neben Toten und Menschen mit physischen Verletzungen gibt es vermehrt auch psychische Schäden. Seit den Auslandseinsätzen in den 90er Jahren, traten immer mehr posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) auf.

Seelische Verletzungen und psychologische Erkrankungen gefährden und belasten rückkehrende Soldatinnen und Soldaten, deren Angehörige und ihre soziale Umgebung. Obwohl dieses Problem aus anderen Ländern längst bekannt ist und spätestens

seit den Balkaneinsätzen auch in Deutschland nicht mehr zu übersehen war, wurde es dennoch weitgehend ignoriert.

Leider unterblieb bisher die Entwicklung eines umfassenden Betreuungs- und Rehabilitationskonzepts für einsatzbedingte psychische Erkrankungen. Die Probleme der Soldaten und Soldatinnen nach der Rückkehr aus dem Auslandseinsatz wurden nicht in ausreichendem Maße ernst genommen. Der Fokus beim Umgang mit PTBS lag bis jetzt meist auf der Sicherstellung der Erfüllung des militärischen Auftrags.

Wegen PTBS wurden in den Jahren von 1995 bis 2006 rund 640 Soldaten in Bundeswehrkrankenhäusern behandelt. Das ist ungefähr ein Prozent der Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland waren. Experten schätzen die Zahl behandlungsbedürftiger psychischer Störungen bei den Rückkehrerinnen und Rückkehrern auf zehn bis zwanzig Prozent. Diese Größenordnungen sind auch aus anderen Staaten mit Truppen in vergleichbaren Einsätzen bekannt, wie etwa in den Niederlanden oder Schweden.

Um bessere Hilfe und Vorbeugung zu ermöglichen fordert DIE LINKE unter anderem eine umfassende Bedarfsermittlung für Betreuungs- und Behandlungskapazitäten. Direkt Hilfe für Betroffene und Angehörige kann eine Hotline bieten. Dieses Modell hat sich bei den niederländischen Streitkräften bereits bewährt. Auch ausscheidende und bereits ausgeschiedene freiwillig Wehrdienstleistende genauso wie Soldatinnen und Soldaten auf Zeit und Berufssoldatinnen und -soldaten müssen in die Hilfen einbezogen werden. In allen Bundeswehrkrankenhäusern sollen Psychotraumazentren für die stationäre Behandlung mit ausreichender Bettenzahl eingerichtet werden.

Grundsätzlich gilt jedoch: Solange sich die Bundeswehr weiterhin an militärischen Interventionen beteiligt, wird es trotz aller Präventionsmaßnahmen weiter zu PTBS bei Soldatinnen und Soldaten kommen.

Den Forderungen des FDP-Antrages kann ich mich weitgehend anschließen. Im Gegensatz zur FDP sieht DIE LINKE. in den Auslandseinsätzen jedoch keine wesentliche strategische Aufgabe der Bundeswehr. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE verbindet die Forderung nach einer umfassenden Hilfe und Vorbeugung von PTBS-Erkrankungen mit einer klaren Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Für diesen Antrag bitten wir - auch im Interesse der Soldatinnen und Soldaten sowie der Angehörigen - um ihre Unterstützung.